

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Insa Tietjen, Dr. Carola Ensslen,  
Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,  
Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop,  
Mehmet Yildiz (DIE LINKE) und Fraktion**

**Betr.: Schule in der Pandemie: klare Kriterien und transparente Strategien mit  
breiter Beteiligung**

„Ehrlich gesagt, hätte ich es schon ohne unsere Viruslaststudie nicht für möglich gehalten, dass Kinder verschont bleiben von Sars-CoV-2. Rein biologisch betrachtet, ändert sich die Schleimhaut im Nasen-Rachen-Raum nicht so stark beim Heranwachsen. Also müssen Kinder auch infiziert – und infektiös sein. Dass daran so grundlegende Zweifel aufkommen konnten, war mir ein Rätsel und ist es bis heute. (...) Aber dann wurde die Infektiosität von Kindern so lange negiert und nichts gemacht, keine Entscheidung getroffen über so viele Monate, über den Sommer. Das war für mich schon sehr, sehr erstaunlich“, sagte Christian Drosten in der aktuellen Ausgabe des „SPIEGEL“ (4/2021, online am 22.01.21).

Es spricht vieles dafür, dass die kompletten Fehleinschätzungen der Kultusminister/-innenkonferenz (KMK) und die daraus abgeleiteten Fehlentscheidungen mit dazu beigetragen haben, dass Schülerinnen und Schüler, ihre Lehrkräfte und Eltern nun genau mit der Lage konfrontiert sind, die monatelang als unbedingt zu vermeidendes Szenario seitens der KMK beschrieben wurde: erneute Schulschließungen mit unabsehbaren sozialen Folgen. Auch wenn „Schulschließungen“ jetzt „Aufhebung der Präsenzpflicht“ heißen und eine „Notbetreuung“ vorgesehen ist, so lautet die moralische Botschaft an alle Eltern: „Lasst eure Kinder zu Hause!“ Und dort, wo sich die Quote der betreuten Kinder einer Art des Präsenzunterrichts nähert, obliegt es den betreffenden Schulleitungen, Normen verdeutlichende Gespräche mit den Eltern zu führen.

In der Konsequenz entledigen sich die politisch Verantwortlichen der Aufgabe, mit klaren und nachvollziehbaren Regeln Orientierung zu geben und die notwendige Unterstützung sowohl für einen praktikablen Distanzunterricht zu gewähren, als auch für eine deutliche Entlastung der Elternhäuser zu sorgen, die nun doch wieder den Spagat von Homeoffice und Homeschooling händeln müssen und in die Rolle von Ersatzlehrer/-innen geraten.

Auch hier wird das Versäumnis der Schulbehörde deutlich. Tobias Lucht, Leiter des Kinderprojekts Arche, die sich kürzlich noch deutlich für die Öffnung von Schulen und Kitas ausgesprochen hatte, stellt jetzt in der „Zeit“ (Online, 24.01.2021) fest: „Ich hätte mir gewünscht, dass die Schulbehörde Alternativen zur Schulschließung erarbeitet: Lernen in Kleingruppen, eine Aufteilung des Unterrichts auf Vor- und Nachmittag. Die Einbeziehung weiterer Kräfte, der Einsatz von Lehramtsstudenten beim Homeschooling. Generell sollten die unterschiedlichen Bedingungen in den Stadtteilen berücksichtigt werden. Nur so wird man den vielen verschiedenen Kindern gerecht. Homeschooling in Billstedt ist etwas anderes als in Eppendorf. Gut fände ich einen interdisziplinär besetzten Expertenrat für Hamburg, der sich mit langfristigen Zukunftsfragen befasst. Auch damit, wie Schule aussehen soll. Ein ähnliches Gremium gibt es in NRW. Wichtig wäre, ärmeren Familien in der Schuldebatte endlich eine Lobby zu geben.“

Diese Forderungen kommen aus der Praxis derjenigen, die die Versäumnisse und Fehlentscheidungen der Politik lindern müssen und tagtäglich mit aller Kraft versuchen zu kompensieren.

Schon im Sommer hatte die Schulbehörde Pläne für ein dreistufiges Beschulungssystem vorgestellt, es aber zu keinem Zeitpunkt umgesetzt. Die mehrfach von verschiedenen Bildungsakteuren/-innen und Experten/-innen erhobenen Forderungen nach einer umfassenden Einbindung und gemeinsamen Lösungsfindung wurden bisher konsequent ignoriert.

Neben den unzumutbaren Belastungen für alle Beteiligten durch das aktuelle „Beschulungskonzept“ fehlt ihnen die zwingend gebotene Perspektive, in welchem Zeitablauf und unter welchen Bedingungen die Schulen schrittweise über hybride Lernsettings bis hin zu ihrer kompletten Öffnung zurückkehren können. Deshalb braucht es ab sofort eine Experten/-innenrunde, die diese Kriterien und Schritte definiert und ausgestaltet.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. die Bildung eines Experten/-innenrates, bestehend aus Wissenschaft, Vertretern/-innen aller Schulformen, den Kammern, den Gewerkschaften, der zuständigen Behörde und der Bürgerschaft, binnen zwei Wochen in die Wege zu leiten, damit dieser die gemeinsamen Leitlinien und Stufenpläne bis zum Ende des laufenden Schuljahres entwickelt.
2. auch für die Notbetreuung an Schulen anspruchsberechtigte Gruppen von Schülern/-innen zu identifizieren und für die Kommunikation zwischen Eltern und Schulen geschultes zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen, um die Belastung der Lehrkräfte und Schulleitungen zu reduzieren und mögliche Konflikte zu moderieren und zu lösen.
3. in die Konzepte des Wechsel- oder Hybridunterrichts die regelhafte Nutzung außerschulischer Lernorte verstärkt in Betracht zu ziehen und auf Grundlage von Honorarverträgen Personal aus Kultur, Kunst und Sport anzuwerben.
4. darüber hinaus sicherzustellen, dass Kinder, Jugendliche und ihre Eltern in der Bewältigung ihres Alltags die gewünschte Begleitung und Unterstützung erhalten.
5. die Ausrichtung der Beschulung unter Pandemiebedingungen weg von der Prämisse eines Unterrichts nach Stundentafel und der Abhaltung diverser Prüfungen hin zu einer an den Bedürfnissen und den emotional-sozialen Lagen der Kinder und Jugendlichen orientierten Bildung und Betreuung zu gestalten. Diese muss auf dem Boden der UN-Kinderrechts- und der UN-Behindertenrechtskonvention stehen.
6. auf Bundesebene die Initiative für den Anspruch auf bezahlten Urlaub für Eltern während der Schulschließungen/Aussetzungen der Präsenzpflicht zu forcieren.
7. der Bürgerschaft bis zum 24.02.2021 zu berichten.